



Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



15.09.2016

EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

Rede zur Lage der Europäischen Union

Am 14. September hielt EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker vor dem Plenum des Europäischen Parlaments in Straßburg seine alljährliche Rede zur Lage der Europäischen Union. Darin zog er Bilanz über die Arbeit des vergangenen Jahres und gab einen Ausblick auf die Prioritäten des kommenden Jahres. Wie möchte die Europäische Kommission die drängendsten Probleme in der EU angehen? Juncker hat konkrete Vorschläge präsentiert – hin zu einem besseren Europa, das schützt, stärkt und verteidigt. Mit Blick auf das Ausscheiden Großbritanniens aus der EU betonte Juncker, dass die EU deswegen nicht zerfallen werde. Er forderte die britische Regierung auf, den Antrag auf Austritt aus der EU schnellstmöglich zu stellen, um die Zeit der Unsicherheit auf beiden Seiten zu beenden. Einen Zugang zum Europäischen Binnenmarkt *à la*

carte werde es aber nicht geben. Auch warb Juncker für die Ratifizierung des CETA-Abkommens mit Kanada: Europas Wohlstand beruht auf Handel. Juncker kündigte ebenfalls die Verdopplung des europäischen Investmentplans von ursprünglich 315 Milliarden auf 500 Milliarden Euro bis 2020 bzw. 630 Milliarden Euro bis 2022 an. Damit sollen insbesondere Wachstum und neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Auch in die digitale Infrastruktur Europas soll investiert werden: Nur ein Europa, in dem jeder gleichen Zugang zu Highspeed-Internet hat, schafft gleiche Lebensbedingungen und fördert Innovation und Wachstum. Außerdem forderte Juncker die EU-Mitgliedsstaaten dazu auf, das Pariser Abkommen zum Klimaschutz zu ratifizieren, nachdem China und die USA diesen Schritt bereits getan haben. Ein wichtiger Punkt in Junckers Rede war die Ankündigung eines Europäischen Verteidigungsfonds und das Amt der Hohen Vertreterin für Außenpolitik zu einem EU-Außenminister auszubauen.

en. Europa brauche eine gemeinsame Außenpolitik! Bezüglich der Flüchtlingskrise sagte Juncker, dass es schon viel Solidarität gegeben hätte, es aber noch viel mehr Bedarf gebe. Ein Vorschlag der Kommission sei es, ein „EU Solidarity Corps“ einzurichten und einen neuen Investmentplan für Afrika aufzulegen, um Fluchtsachen besser zu bekämpfen.

Neues in Sachen Roaming-Gebühren

Roaming-Gebühren, die für die Nutzung unserer Handys in anderen EU-Staaten anfallen, wurden im April dieses Jahres letztmalig deutlich gesenkt, bevor sie 2017 endgültig wegfallen sollen. Ein Vorschlag der Kommission, der am 9. September veröffentlicht wurde, sah jedoch nur eine 90-Tage-Frist vor fürs Surfen, Telefonieren und SMS Schreiben ohne Zusatzkosten in der EU. Diese „Fair-use“-Regel sollte sicherstellen, dass es bei der Nutzung ausländischer Tarife nicht zu dauerhaftem Missbrauch auf Kosten aller Nutzer kommt. Nach umfassenden

So können Sie mich erreichen:

Europäisches Parlament · Rue Wiertz, ASP 15 E 154 · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
Parlement Européen · Allée du Printemps, LOW T 12 013 · F-67070 Strasbourg · Tel. 0033 3881 75868 · Fax 0033 3881 79868
Europabüro · Grabenstraße 24 · D-89522 Heidenheim · Tel. 0049 7321 20071 · Fax 0049 7321 20073
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle



Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



15.09.2016

EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

der Kritik von allen Seiten forderte Kommissionspräsident Juncker die zuständigen Kommissionsstellen auf, einen neuen Vorschlag auszuarbeiten. Juncker hatte in seiner Rede zur Lage der Union angekündigt, jeder EU-Bürger könne sich bald auch mit seinem Mobiltelefon in jedem EU-Mitgliedsland wie zu Hause fühlen. Daran wird auch das EU-Parlament weiter arbeiten: Wir wollen das Ende der Roaming-Gebühren!

Für ein besser vernetztes Europa

Profitieren können wir Bürgerinnen und Bürger von dem Telekommunikationspaket, das die EU-Kommission am Mittwoch vorgestellt hat: Damit es bis 2025 überall in der EU schnelles Internet geben kann, soll der Netzausbau durch Änderung der Wettbewerbsregeln beschleunigt werden. Zudem ist in dem Vorschlag vorgesehen, dass alle Gemeinden in der EU an mindestens einem Ort einen kostenlosen, frei zugänglichen drahtlosen Internetzugang für jedermann einrichten. 5G, das neue ultraschnel-

le Mobilfunknetz für Smartphones und Tablets, soll es bis 2020 in vielen großen Städten in der EU geben – damit Europa hier an die Weltspitze gelangt. Das sogenannte Geoblocking will die Kommission nur teilweise kippen: TV-Inhalte, die über das Internet verbreitet werden, sollen nur dann im Ausland einsehbar sein, wenn eine entsprechende Lizenz vom Sender dafür erworben wurde.

Entwicklungen in Polen

Das Parlament hat mit großer Mehrheit Polen aufgefordert, seine Verfassungskrise bis Ende Oktober zu lösen. In der Resolution zeigen sich die Abgeordneten besorgt über die letzten Gesetzesänderungen in Polen, was die Unabhängigkeit der Medien, die Privatsphäre und Frauenrechte angeht. Auch die Eingriffe in die Unabhängigkeit des Verfassungsgerichts kann die EU so nicht hinnehmen: Die Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sind in der Europäischen Union nicht verhandelbar!

Besuch aus der Heimat

Aus meinem Heimatdorf Großkuchen waren in dieser Woche die Mitglieder des VdK zu Gast. Über diesen Besuch habe ich mich sehr gefreut. Schön, dass Ihr da wart! Außerdem durfte ich die Soft-Pop-Singers aus Sontheim in Straßburg begrüßen, die sich mit einem musikalischen Gruß für die Einladung bedankt haben.

Neuigkeiten aus meinem Büro

Philipp Schotzko beendet nach fünf Monaten sein Praktikum in meinem Büro, um sein Studium in Augsburg fortzuführen. Wir wünschen ihm dafür alles Gute und bedanken uns für seinen Einsatz! Seit Anfang September haben wir im Brüsseler Büro Verstärkung durch drei neue Praktikanten bekommen: Miriam Fischer aus Paderborn, David Muñoz-Hernández aus Mexiko und Moritz Greß aus Leonberg werden für mehrere Monate mein Team bereichern. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit!

So können Sie mich erreichen:

Europäisches Parlament · Rue Wiertz, ASP 15 E 154 · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
Parlement Européen · Allée du Printemps, LOW T 12 013 · F-67070 Strasbourg · Tel. 0033 3881 75868 · Fax 0033 3881 79868
Europabüro · Grabenstraße 24 · D-89522 Heidenheim · Tel. 0049 7321 20071 · Fax 0049 7321 20073
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle